

Wirtschaft

Notiz Block



Steuerzuckerl für Forschung

Immer mehr der 30 OECD-Länder unterstützen industrielle Forschung durch steuerliche Förderung. Wie aus dem OECD-Bericht *OECD Science, Technology and Industry Scoreboard 2007* hervorgeht, fördern zwei Drittel der OECD-Staaten Forschung und Entwicklung (F&E) ihrer Unternehmen durch Steuernachlässe und -gutschriften. 1995 war das erst in zwölf Ländern der Fall. Österreich, das in den vergangenen Jahren die steuerliche Forschungsförderung stark ausgebaut hat, befindet sich im Mittelfeld der OECD-Länder. Die größte steuerliche Unterstützung für F&E in Unternehmen gibt es in Spanien, wo pro Einheit F&E-Ausgaben 0,39 Einheiten steuerliche Begünstigungen gewährt werden. Auf den Plätzen folgen Mexiko und China. Österreich rangiert mit 0,088 Einheiten auf Platz 21 – auch Nicht-OECD-Länder wurden gewertet – und damit im Mittelfeld, noch deutlich vor Ländern wie Schweden, Schweiz oder Deutschland. Die direkte staatliche Forschungsförderung für Unternehmen von durchschnittlich elf Prozent im Jahr 1995 ist hingegen auf sieben Prozent im Jahr 2005 zurückgegangen. Nur in wenigen Ländern ist in diesem Zeitraum die staatliche Unterstützung gestiegen, beispielsweise in Tschechien, Slowakei, Spanien oder Österreich.

KMU-Förderung per Scheck

Als Initiative des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit wird der mit 5 Mio. Euro dotierte „Innovationsscheck“ eingeführt. Ziel der Maßnahme ist es, traditionelle Klein- und Mittelunternehmen an moderne Forschung und Technologieentwicklung heranzuführen. Der Scheck in Höhe von 5000 Euro soll unter anderem für Forschungsprojekte,

Studien oder individuelle Beratung verwendbar sein. Wesentliches Merkmal ist laut der abwickelnden Stelle, der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), der unbürokratische Ablauf des Antrags. Der Innovationsscheck wird bei der FFG beantragt und nach kurzer Prüfung der formalen Voraussetzungen den Firmen zugesandt. Die Unternehmen können die für sie passende Forschungseinrichtung selbst auswählen oder sich einen geeigneten Partner vermitteln lassen. Die erbrachte Leistung wird mit dem Innovationsscheck bezahlt. Dieser kann einmal jährlich bezogen werden; antragsberechtigt sind kleine und mittlere Unternehmen (unter 250 Beschäftigten und 50 Mio. Euro Umsatz), an denen nicht mehr als eine große Firma im Ausmaß von maximal 25 Prozent beteiligt ist.

Wirtschaft fordert mehr Zuwanderer

Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) wünscht sich mehr Facharbeiter und Schlüsselkräfte aus dem Ausland. Bis 2009 würden rund 25.000 zusätzliche qualifizierte Arbeitskräfte benötigt, erklärte Wirtschaftskammer-Generalsekretär Reinhold Mitterlehner. Gut qualifizierte Emigranten würden sich allerdings bevorzugt klassische Einwanderungsländer wie die USA und Kanada aussuchen. Als Grund für die geringe Anziehungskraft Österreichs ortet Mitterlehner ein verbesserungsbedürftiges Fremdenrecht und die mangelnde Akzeptanz von Ausländern in Österreich. Geht es nach der WKÖ, sollen ausländische Arbeitskräfte künftig nach einem Punktesystem und im Rahmen eines Kontingents ins Land geholt werden. Ein generelles Bleiberecht für bereits in Österreich befindliche Ausländer lehnt Mitterlehner ab. Als Grund führt er unter anderem die teilweise geringe Qualifizierung an. So könnten 77 Prozent der arbeitslosen Ausländer maximal einen Pflichtschulabschluss nachweisen. *APA/arie*

Fortsetzung von Seite 13

Das empfinden jedenfalls westliche Beobachter, die in Begriffen wie „Geberkonferenzen“, „Weltbankkredite“ und „Entwicklungshilfe“ denken. Alles Mumpitz für die Chinesen. Sie kommen nach Afrika, investieren ohne mit der Wimper zu zucken und packen vor allem selbst mit an. „Das sind die Afrikaner aus der Kolonialgeschichte heraus nicht gewohnt“, sagt ein deutscher Geschäftsmann in Kampala, Uganda. „Da waren sie immer die Befehlsempfänger und die Europäer die Herren.“ Die Eigeninitiative der Chinesen macht in afrikanischen Ländern durchaus Eindruck und hat zum Teil auch Vorbildwirkung für die örtliche Arbeitsmarktsituation.

Keine Diskussionen

Europäische Unternehmen aus der Bau-, Energie-, Infrastruktur- und auch Mobilfunkbranche klagen bereits lauthals, dass ihnen die Chinesen einen Riesenauftrag nach dem anderen wegschnappen. Die Kreditwürdigkeit der afrikanischen Staaten ist den Chinesen dabei zwar nicht unwichtig, aber bei der Durchsetzung ihrer Interessen zweitrangig, während sich etwa ein deutsches Unternehmen erst lang und breit durch Weltbank- oder Kontrollbankbürgschaften absichern muss. Was Geschäftsbeziehungen zu nicht wenigen afrikanischen Staaten unmöglich macht. Und die bis jetzt übliche Junktimierung von Wirtschaftsbeziehungen oder Krediten mit demokratischen Reformen in einem afrika-



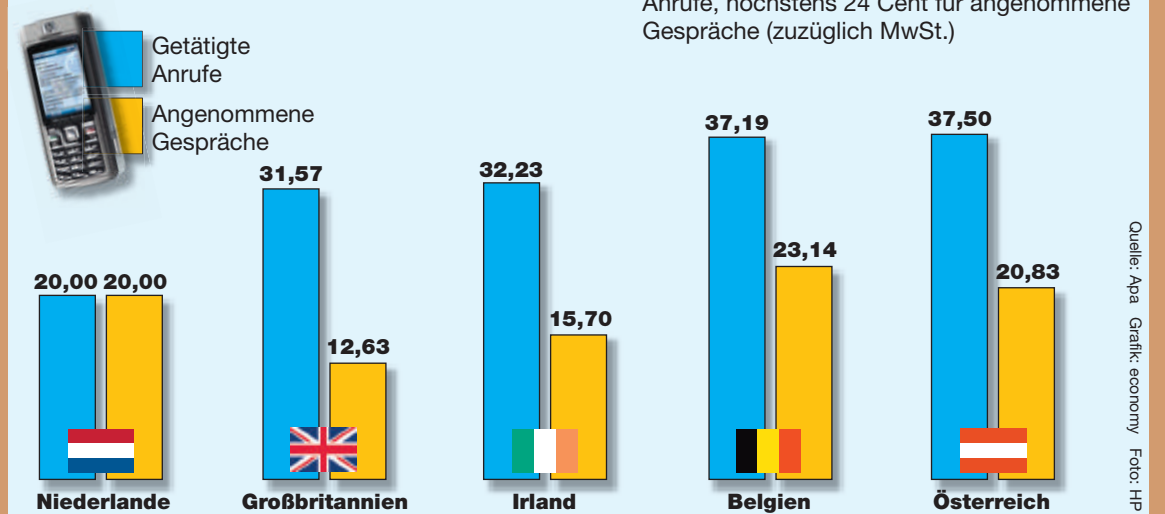
Afrika, der „vergessene Kontinent“, wird gerade von China aus dem wirtschaftlichen Dornröschenschlaf geholt. Foto: Photos.com

nischen Land funktioniert derzeit nicht besonders gut. Statt so etwas lange zu debattieren, fangen die Chinesen gleich mit der Arbeit an. Im Gepäck haben sie ihre billigen Exportartikel wie Kleidung und Elektronik, sodass auch die Kaufkraft in manchen afrikanischen Ländern steigt und sich ein kleiner, subjektiv empfundener Wohlstandsfunkentzündet.

Wo das alles hinführen soll, ist umstritten. Die Chinesen eignen sich auch die wichtigsten Banken auf dem Kontinent an und sind drauf und dran, die afrikanische Wirtschaft in ihrem Sinne zu zentralisieren. Das geht gut, solange Peking diese Strategie weiterverfolgt. Ziehen die Chinesen ab, bricht der afrikanische Aufschwung wohl wie ein Kartenhaus zusammen.

Zahlenspiel

Die günstigsten Eurotarife



Höchstens 49 Cent pro Minute dürfen Anrufe kosten, die aus dem Ausland mit dem Handy getätigt werden, die im Ausland angenommenen Gespräche höchstens 24 Cent (zuzüglich Mehrwertsteuer). Der seit Sommer geltende Euro-Tarif, der unter großem Protest der Handy-Netzbetreiber durch die Roaming-Verordnung der EU in Kraft getreten ist, hat den Wettbewerb innerhalb der Mobilfunkbranche weiter forciert: Eine Reihe von Handy-Netzbetreibern hat die Kosten von Auslandsgesprächen seit dem Sommer

um bis zu 60 Prozent reduziert, so eine erste Bilanz der EU-Kommission. Den europaweit niedrigsten Eurotarif fand die EU-Kommission in den Niederlanden (20 Cent sowohl für ausgehende als auch für eingehende Anrufe), gefolgt von Großbritannien mit 31,57 Cent für ausgehende und 12,63 Cent für eingehende Anrufe. Österreich liegt mit 37,50 Cent für ausgehende und 20,83 Cent für angenommene Anrufe an fünfter Stelle. Bis auf zwei Ausnahmen sind alle Mobilfunkbetreiber der Tarifpflicht nachgekommen. *APA/ask*